



Sieg für die Palästina-Freunde

Die SP verurteilt den «Genozid» in Gaza «aufs Schärfste»

SIMON HEHLI

Der Nahostkonflikt treibt die SP stark um. Das zeigte sich am Parteitag am Samstag in Sursee nicht nur an den vereinzelt Palästina-Freunden, die Delegierte trugen, sondern vor allem auch an der hitzigen Debatte um zwei Resolutionen. Die eine stammte von der Parteileitung und war erst wenige Tage vor dem Parteitag verschärft worden – dem Vernehmen nach auf Betreiben von radikalen Palästina-Freunden aus der Romandie.

So steht, neben Forderungen nach scharfen Sanktionen gegen Israel, dort auch folgender Satz in der Resolution: «Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verurteilt den von Israel verübten Genozid aufs Schärfste.» Der Text kritisiert zwar auch die gegenwärtigen politischen Säuberungen der Hamas gegen politische Gegner, erwähnt jedoch mit keinem Wort den mörderischen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, der die kriegsrischen Handlungen in Gaza erst ausgelöst hat.

Das holte der SP-Präsident Cédric Wermuth nach: Er nannte die Attacken vom 7. Oktober ein «genozidales Massaker» und bekräftigte, dass das von der SP unterstützte Verbot der Hamas als Terrororganisation nötig und gerechtfertigt sei. Gleichzeitig plädierte Wermuth dafür, das Vorgehen Israels in Gaza als Genozid zu brandmarken. Denn nichts anderes sei es, wenn man wie die israelischen Streitkräfte gezielt die Lebensgrundlagen eines Volkes zerstöre.

«Scheussliche Apartheid»

Von den zahlreichen Genossinnen und Genossen, die sich zu Wort meldeten, sahen das die meisten ähnlich. So erzählte der frühere Fraktionschef im Bundeshaus, Franco Cavalli, er habe bei Besuchen in den besetzten Gebieten eine «scheussliche Apartheid» gesehen. Gaza sei schon vor dem gegenwärtigen Krieg ein Gefängnis unter freiem Himmel gewesen. «Würde ich unter diesen Bedingungen leben, würde ich vielleicht auch zum Terroristen werden», sagte Cavalli, wollte das aber nicht als Rechtfertigung für die Massaker vom 7. Oktober verstanden wissen. Eine Delegierte mit kurdischen Wurzeln nannte das Geschehen in Gaza sogar einen «Holocaust». Dafür wurde sie sofort vom Generalsekretär Tom Cassee zurechtgewiesen.

Erst am Freitag hatten die Delegierten eine ergänzende Resolution erhalten,



Der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth nannte die Attacken vom 7. Oktober ein «genozidales Massaker».

PHILIPP SCHMIDLI / KEYSTONE

ten, von der Parteileitung ebenfalls zur Annahme empfohlen. Die Verfasserin, die Berner Nationalrätin Andrea Zryd, versuchte damit, die Wogen zu glätten. Zryd benannte auch klar die Verantwortung der Hamas für den Konflikt. Und forderte, dass die Schweiz die «Klärung des Vorwurfs der Völkerstrafrechtsverletzungen» unterstütze.

Das bezieht sich auch auf den Genozid-Vorwurf – und damit stehen die beiden Resolutionen in eklatantem Widerspruch zueinander: Die eine verurteilt dezidiert einen angeblichen Völkermord, den die andere erst untersuchen lassen will. Auf diesen Makel machten auch verschiedene Kritiker beider Resolutionen aufmerksam. Einer von ihnen, der Basler Chaim Howald, fragte seine Genossen: «Wofür halten wir uns eigentlich, dass wir in Bezug auf den Genozid-Vorwurf einfach dem Urteil der internationalen Gemeinschaft vorgreifen?» Die Haltung der Parteileitung nannte er «heuchlerisch».

Sowohl die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr als auch die Nationalrätin Priska Seiler Graf versuchten, den Parteifrieden zu wahren, indem sie vorschlugen, die Abstimmung über die beiden Resolutionen zu verschieben. «Mit der ersten Resolution tragen wir nichts zum Frieden bei, sondern drehen nur an der rhetorischen Eskalationsschraube», betonte Fehr. Doch die Delegierten lehnten den Ordnungsantrag deutlich ab.

Das palästinafreundliche Lager triumphtierte dann auch bei der Abstimmung über die beiden Resolutionen: Die Delegierten sagten zweimal deutlich Ja. Es hätte auch eine Alternative gegeben: Drei Sozialdemokraten aus Basel und aus dem Aargau wollten, unterstützt durch ein paar Dutzend Genossen, darunter der Aargauer Regierungsrat Dieter Egli, eine deutlich ausgewogenere Resolution vorgelegen. Doch die Parteileitung liess diese nicht zu – aus formalen Gründen.

Die dritte Resolution hätte gleichermassen die Greueltaten der Hamas wie

die israelische Kriegsführung in Gaza verurteilt. Bei aller Kritik an der Regierung Netanyahu: Die Mitverantwortung der islamistischen Terrororganisation am Leiden der palästinensischen Bevölkerung sei offensichtlich und wiege schwer.

Schaden für die Partei?

Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, sagt, immerhin habe die SP die zweite Resolution ebenfalls angenommen. Damit berücksichtige sie die berechnete Kritik von gemässiger Seite an der ersten Resolution. Dieser fehle die Ausgewogenheit, findet Kreutner. «Israel wird in die Rolle des alleinigen Aggressors gerückt. So wird zum Beispiel ein Genozid verurteilt – ein Vorwurf, der nicht faktenbasiert ist.» Dadurch trage die SP nicht zu einer sachlichen Auseinandersetzung bei. «Stattdessen befeuert sie die ohnehin schon aufgeheizte Stimmung weiter.» Wie

Jacqueline Fehr sieht Kreutner damit «rote Linien» überschritten.

Der prominenteste parteiinterne Kritiker des Gaza-Kurses der SP-Leitung, Daniel Jositsch, war nicht nach Sursee gereist. Auf Anfrage der NZZ sagt Jositsch ebenfalls, er finde die Diskussion bei den Sozialdemokraten «sehr einseitig und gegen Israel gerichtet». Er halte es für möglich, dass die SP durch die Debatten langfristig Schaden davontrage. Denn viele würden so denken wie er selbst oder Hartmuth Attenhofer.

Attenhofer, der frühere Präsident des Zürcher Kantonsrates, hatte kürzlich seinen Austritt aus der Partei erklärt – gerade auch wegen des Umgangs der nationalen SP-Spitze mit dem Gaza-Konflikt. «Die SP reitet auf einer üblen antisemitischen Grundwelle mit», schrieb Attenhofer.

Linke Medien im Streit

Der Bruch, der durch das linke Lager geht, zeigt sich auch in der Publizistik. Die «WoZ» veröffentlichte einen Kommentar, in dem sie harte Kritik an der Palästina-Demonstration vom 11. Oktober in Bern übte – an der Veranstaltung also, die in eine Gewaltorgie ausartete und an der auch antisemitische Parolen zu hören waren. «Seit über fünfzig Jahren verherrlicht ein Teil der europäischen Linken völlig unkritisch den palästinensischen Widerstand», schrieb die «WoZ»-Journalistin. Dass ein Teil der radikalen Linken immer wieder die Nähe zu Hamas-Symbolik suche, wirke fast wie eine Zwangshandlung. Es gelte dabei zu unterscheiden zwischen «jenen Linken, die bewusst Antisemitismus und Menschenverachtung legitimieren, und jenen, die gerade erst politisiert werden und denen zum Teil schlicht das Wissen fehlt».

Der Text kam bei einigen «WoZ»-Lesern gar nicht gut an. Auf Instagram gab es zahlreiche böse Kommentare, manche sprachen von «Hetze» oder einer «Dämonisierung» des «friedlichen» Widerstands gegen Israel. Noch heftiger war die Reaktion des Portals «Baba News», das den wohl schwersten Vorwurf auspackte, den man einer linken Journalistin machen kann: Rassismus. Denn diese zeichne das Bild einer bedrohlichen arabisch-muslimischen Welt, geprägt von Fanatismus, Irrationalität und Gewalt.

Die «WoZ» wiederum wies den Rassismusvorwurf mit aller Deutlichkeit zurück. Derartige Unterstellungen seien «böswillig und ehrenrührig».